

Strategie gesucht

In Bayern arbeitet man seit 2018 an der Entwicklung von Empfehlungen für eine „Autismus-Strategie“. Das Ziel ist es, konkrete Versorgungsempfehlungen für Menschen im Autismus-Spektrum zu erarbeiten, die letzten Endes das Leben jedes Einzelnen erleichtern sollen. Es handelt sich um ein ambitioniertes Vorhaben, das von außen noch schwer zu greifen ist, doch Vorbildcharakter für andere Bundesländer haben könnte.

Im Jahr 2014 gab es erstmals Bestrebungen, die Situation für Autistinnen und Autisten in Bayern grundlegend zu verbessern. Nach einer Absichtserklärung im Zuge einer Fachtagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung im Jahr 2016 und der Planungsphase, erfolgte 2018 dann der offizielle Startschuss: Nach einem fraktionsübergreifenden Beschluss im Landtag,

beauftragte das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales die Hochschule München, eine Strategie für den Freistaat zu erarbeiten. Das Ganze unter der Leitung von Prof. Dr. Markus Witzmann, der sich bereits seit langem auch als Geschäftsführer des Autismus-Kompetenzzentrums Oberbayern („AutKom“) mit dem Thema beschäftigt. Das Ziel: Handlungsempfehlungen zu

formulieren und an die Staatsregierung heranzutragen, die Menschen mit Autismus-Spektrums-Störung (ASS) helfen und gleichzeitig realisierbar sind. Welche Empfehlungen dann tatsächlich umgesetzt werden, liegt in der Hand der Abgeordneten im Landtag. Dass das Sozial-, und nicht etwa das Gesundheitsministerium die Federführung übertragen bekommen hat, erklärt man seitens



Es besteht die Gefahr, dass wieder nur über, aber nicht mit Autisten gesprochen wird.

Bayern möchte mit einer neu zu erarbeitenden Strategie eine Vorreiterrolle beim Thema Autismus einnehmen.

der Ministerien damit, dass beide Häuser – und auch das Wissenschaftsministerium – eng zusammenarbeiten. Medizinische Hilfen seien natürlicher ein wichtiger Bestandteil, viele weitere Aspekte würden aber ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Autisten aktiv beteiligen

Mittlerweile haben verschiedene Mitglieder in unterschiedlichen

Projektgruppen Ideen und Meinungen gesammelt, sowie erste Vorschläge formuliert. Da das Strategie-Projekt stets als Beteiligungsprozess angelegt gewesen war, sei stets versucht worden, Vertreterinnen und Vertreter des gesamten Versorgungsnetzes in Bayern zu finden – heißt es aus dem Sozialministerium. Allerdings scheint es bis dahin ein langer Weg gewesen zu sein. Mehrere Betroffene und Aktive aus Selbsthilfegruppen hatten den Eindruck, nicht berücksichtigt zu werden. Es bestehe die Gefahr, dass wieder nur über, aber nicht mit Autisten gesprochen würde. Stefan Bauerfeind, Moderator der Projektgruppe für Angehörige und 1. Vorstand von Autismus Mittelfranken e.V. kann diese Sorgen sehr gut verstehen, betont aber, dass es bereits in der Planungsphase vorgesehen war, Autistinnen und Autisten am Strategie-Prozess zu beteiligen. Allerdings sagt auch er: „Die Beteiligung kann natürlich immer noch mehr und besser sein, es ist jedoch schon so für alle Beteiligten sehr aufwändig, da die Arbeit in den Projektgruppen ehrenamtlich in der Freizeit erfolgt.“

Viel ehrenamtliche Arbeit

Genau hier scheint das Problem in der tatsächlichen Arbeit vor Ort zu liegen. „Gerade wir ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer benötigen die Rahmenbedingungen, um den Betroffenen und Angehörigen umfassend helfen zu können.“, sagt Nadine Norén, Vorstand des Rosenheimer Autismusvereins und Mitgründerin der dortigen Selbsthilfegruppe. Sie arbeitet ebenfalls in der Projektgruppe für Angehörige an der Strategie mit und setzt sich für Lösungen ein, die unabhängig von bestehenden Strukturen bestehen sollen. Der Rosenheimer Vorschlag, Zentren zu schaffen, in denen Menschen mit ASS von der Diagnose bis weit ins Erwachsenenalter mit verschiedenen Kooperationspartnern unterstützt werden können, fiel bei der damaligen Sozialministerin Kerstin Schreyer durch. Sie gab bei einer Podiumsdiskussion im Mai 2019 zu bedenken, dass dann viele andere Menschen mit psychischen oder anderen Störungen, ebenfalls ihr

eigenes Zentrum fordern würden. Dies sei nicht im Interesse der Staatsregierung, weil man passgenaue Lösungen suche.

Erste Zwischenergebnisse

Die angesprochenen Ergebnisse der Arbeit sind bisher noch nicht gänzlich publik. Aktuelle Informationen und Zwischenergebnisse bekam ein Kreis von rund 350 Personen erstmals im November vergangenen Jahres bei der Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung zu sehen. Sie sind seitdem im Internet abrufbar (*siehe Kasten unten*). Von mehreren Beteiligten heißt es aber auch, dass man erst handfeste Ergebnisse abwarten müsse, bevor man komplett an die Öffentlichkeit geht. Bauerfeind zeigt sich in diesem Punkt offen: „Es ist natürlich auch immer möglich, bei den Moderatoren der Projektgruppen oder bei der Projektleitung nachzufragen.“

Bei genannter Fachtagung sprach Alois Glück, CSU-Urgestein und mittlerweile stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung den vielen Beteiligten ein sehr gutes Zeugnis aus: „Ich kenne kein vergleichbares Beispiel, in dem so systematisch im Zusammenwirken von Betroffenen als Beteiligten, der Wissenschaft und der Politik – einschließlich der Verwaltung – so systematisch an einem solchen Projekt gearbeitet wurde. Das ist herausragend.“, sagte Glück. Der ehemalige Landtagspräsident warnt aber auch vor zu viel Ungeduld der Betroffenen und Angehörigen: „Es braucht weiter die Ungeduld des Drängens, aber gleichzeitig dann auch das Verständnis, dass der Realisierungsprozess etwas ist, was nicht von heute auf morgen wie ein Schalter umgestellt werden kann.“ →

WEBTIPP

Aktuelle Informationen und Zwischenergebnisse des Projekts im Internet unter: https://www.sw.hm.edu/projekte_und_forschung/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/autismus_strategie_bayern/fachtagunghss.de.html



Die neue bayerische Sozialministerin Carolina Trautner möchte das von ihrer Vorgängerin Kerstin Schreyer gesetzte Ziel, 2022 eine bayerische Autismus-Strategie zu etablieren, erreichen.

Ein sicherlich nachvollziehbarer Einwand, doch für die Autistinnen und Autisten, sowie deren Familien nur ein schwacher Trost. Zu drängend und immanent sind die Probleme.

Schnellere Umsetzung gefordert

Hilfreich wäre es da vielleicht, einige erarbeitete Punkte der Strategie bereits vor 2022 umzusetzen. Aus dem Sozialministerium heißt es dazu, dass es sich bei den bisherigen Empfehlungen nur um Rohfassungen handle, die nach diversen Kriterien reflektiert und überarbeitet werden müssten. Zudem wolle man die Ergebnisse aus der Diskussion im seit Januar zur Verfügung gestellten Online-Forum einarbeiten. Holger Kiesel, der Behindertenbeauftragte der Staatsregierung, zeigt sich abwartend: „Konkrete Verbesserungen haben sich bisher noch nicht ergeben, da die Strategie noch nicht fertig ist. Ich fordere jedoch seit Beginn, dass einige Punkte sofort umgesetzt werden

müssen, wie zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit. Bislang hat sich hier aber leider noch nichts getan.“ Dass sich alle Beteiligten noch in Geduld üben müssen, hängt vermutlich auch mit den ambitionierten Zielen zusammen, die man sich gesteckt hat. Diese brauchen Zeit. Der Freistaat soll beim Thema Autismus eine Vorreiterrolle einnehmen. „Ich gehe davon aus, dass erst einmal abgewartet wird, was wir in Bayern für eine Vorlage liefern und ich hoffe, dass dann andere Bundesländer und auch der Bund folgen werden“, sagt Kiesel. Auf dem ersten Blick scheint es seltsam, dass nicht sofort „der große Wurf“ für ganz Deutschland versucht wird, doch viele Beteiligte verweisen auf die heterogene Versorgungsstruktur in den Ländern. Daher sei es durchaus sinnvoll, eine Landesstrategie zu formulieren. Als Vorbild gilt dabei gemeinhin Schottland. Dort hatten Elternverbände eine Strategie initiiert, die schließlich 2010 verwirklicht wurde – und das bei weit weniger

Einwohnern als in Bayern und obwohl Schottland „nur“ ein Teil des Vereinigten Königreichs ist. „Durch die Gesetzgebung wurde die Lage der Autisten dort in vielen Bereichen vorbildlich verbessert. Warum sollte das in Bayern nicht gelingen?“, zeigt sich Friedrich Tieber, der an der Strategie mitarbeitet, zuversichtlich.

Finanzierung unter Vorbehalt

Eine letzte Hürde könnte allerdings noch das liebe Geld darstellen. Denn die Autismus-Strategie steht unter Haushaltsvorbehalt. Im Klartext: Sollten die Landtagsabgeordneten der Meinung sein, dass das Geld anderswo dringender gebraucht werde, würde bis zur Verwirklichung weitere kostbare Zeit verstreichen. Im Ministerium teilt man diese Befürchtung nicht. Der

Landtagsbeschluss von 2018 habe das klare Ziel, eine Autismus-Strategie zu formulieren. Der Haushaltsvorbehalt stehe dem nicht entgegen, heißt es dort.

Behindertenbeauf-

Hinschauen, zuhören, kümmern und den Menschen dabei in den Mittelpunkt nehmen.

tragter Kiesel erklärt, dass jede Erarbeitung einer Strategie der Staatsregierung unter Haushaltsvorbehalt stehe. „Dass die Strategie unter Haushaltsvorbehalt steht, ist also nichts Ungewöhnliches.“, so Kiesel. Auch dass es kurzfristig zu einem Wechsel an der Spitze des Ministeriums gekommen ist und nicht mehr Kerstin Schreyer (sie wechselte Anfang Februar ins Bauministerium), sondern die bisherige Staatssekretärin Carolina Trautner das Sagen hat, soll keine negativen Auswirkungen auf die Strategie haben. „Der Einzelne wird mit seiner individuellen Diagnose in den Blick genommen. Ich möchte dieses Thema als Ministerin weiter voranbringen, um das Ziel, 2022 eine bayerische Autismus-Strategie zu etablieren, zu erreichen.“, ließ die neue Ministerin über ihre Pressestelle ausrichten. Die Strategie setze ihre Leitlinie als Ministerin „Hinschauen, zuhören, kümmern und den Menschen dabei in den Mittelpunkt nehmen“ in Taten um.

Stefan Kumberger ●